

DAS THEMA

Mit einer Fachkonferenz beging die Linksfraktion im Landtag das 20jährige Jubiläum der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO). Am 1. Juni 1994 trat diese in Kraft. Der Jahrestag war ein guter Anlass, eine Erfahrungsbilanz zu ziehen und über die Erfordernisse und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Thüringer Kommunalrechts zu diskutieren.

Mit der ThürKO war die Vorläufige Thüringer Kommunalordnung (VKO) ersetzt worden. Diese basierte im Wesentlichen auf der Kommunalverfassung der DDR, die die Volkskammer am 17. Mai 1990 beschlossen hatte. Während die VKO sehr stark vom Modell der Magistratsverfassung (starke Stellung des Beschlussorgans, mit nachgeordneter Position des Bürgermeisters/Landrates und der Verwal-

Für kommunale Basisdemokratie

Fachkonferenz 20 Jahre Thüringer Kommunalordnung

darauf verwiesen, dass es in den Kommunen um Basisdemokratie gehe und es sich letztlich um die kleinste Zelle des Zusammenlebens handele. Wesentlichen Reformbedarf sehe er beispielsweise bei der Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. „Wir wollen, dass Kommunen Geld verdienen können und müssen“, betonte Ramelow.

Der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel machte in seinem thematischen Einführungsbeitrag eine zunehmende Entpolitisierung von Kommunalpolitik aus. Aus seiner Sicht wollen Bürgerinnen und Bürger als Partner ernst genommen werden und auf gleicher Augenhöhe in den Dialog treten.

vorbehalts, die Kostenerstattung bei Bürgerbegehren in freier Sammlung und eine Vereinfachung der Unterschriftenleistung. Alles Punkte, die vom Verein Mehr Demokratie e.V. Thüringen maßgeblich in den letzten Jahren immer wieder auf die politische Agenda gesetzt worden sind.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher der Initiative, listete den Forderungskatalog in seinem Redebeitrag detailliert auf und brachte für die kommende Legislaturperiode des Landtages eine Demokratie-Enquetekommission ins Spiel. Der Kommunalwirtschaftsexperte Prof. Dr. Michael Schäfer von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde plädierte zudem für eine erweiterte



tung) geprägt war, ist die ThürKO nach dem süddeutschen Ratsmodell ausgerichtet (starke Stellung des Bürgermeisters bzw. Landrates).

Eingangs der Fachkonferenz bot Udo Moewes von der Juristischen Fakultät der Uni Potsdam einen historischen Abriss der Entwicklung des Kommunalrechts, angefangen in der DDR bis zur Verabschiedung der Thüringer Kommunalordnung in den 1990er Jahren, die im Wesentlichen bis zum heutigen Zeitpunkt Bestand hat. Im Mittelpunkt der Diskussion standen insbesondere Möglichkeiten der Demokratisierung der Kommunalpolitik. Letztlich kam man aber auch bei diesem Thema nicht an den klammen Finanzen der Kommunen in Thüringen vorbei.

Auf der gut besuchten Fachkonferenz der Linksfraktion am 15. Juli im Thüringer Landtag nutzten die Gäste auch immer wieder die Gelegenheit, ihre Meinung, ihre Erfahrungen mit der Kommunalpolitik vor Ort – deren Grenzen und Möglichkeiten – darzulegen. Besonders plastisch wurde dies bei der abschließenden Podiumsdiskussion: Wie weiter mit dem Thüringer Kommunalrecht?



Dieser Herausforderung habe sich seine Fraktion gestellt und deshalb im Frühjahr dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Demokratisierung der Kommunalpolitik vorgelegt, welcher nunmehr in den Ausschüssen des Landtags behandelt wird. Insbesondere die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner sollen durch das Gesetz gestärkt werden.

Dazu wird u.a. die Einführung einer pflichtigen Einwohnerfragestunde und eines kommunalen Petitionsrechts wie auch die Möglichkeit der Abwahl des Bürgermeisters durch ein Bürgerbegehren vorgeschlagen. Hinzu kommen wesentliche Erleichterungen von Bürgerbegehren beispielsweise durch die Streichung des sogenannten Abgaben-

Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit dem kommunalen Eigentum. Zugleich machte er aber deutlich, dass im Gegensatz zur Privatwirtschaft die kommunalen Wirtschaftsbetriebe zumindest halbwegs demokratisch kontrolliert seien.

Das Abschlusspodium bewegte sich dann nochmals in dem Spannungsfeld zwischen theoretischen Schritten der Demokratisierung der Kommunalpolitik und deren praktischer Umsetzung im kommunalen Alltag. Für Frank Kuschel steht in diesem Zusammenhang fest: „Nur die bloße Möglichkeit der Bürgerbeteiligung wirkt und beeinflusst das kommunale Verwaltungshandeln.“

Matthias Gärtner

KURZ UND PRÄGNANT

Bestätigt: Betreuungsgeld hält von Bildung fern

Die Studie des Deutschen Jugendinstituts und der Universität Dortmund bestätigt die Kritik der LINKEN, dass das Thüringer Erziehungsgeld und jetzt auch das Betreuungsgeld Kinder aus ärmeren Familien von frühkindlicher Bildung fern hält. Die Familienpolitikerin Margit Jung sagte: „Jetzt ist klar: auch Eltern, die um die Bedeutung früher Bildungsangebote wissen, verzichten darauf, wenn sie das Geld für ihre Haushaltskasse brauchen. CDU und CSU nehmen billigend in Kauf, dass sich die soziale Herkunft weiterhin negativ auf die Zukunftschancen von Kindern auswirkt. In Regierungsverantwortung werden wir zumindest das Erziehungsgeld wieder abschaffen und uns um die Verbesserung der Bildungsqualität kümmern.“

Gefordert: Unterbringung von Flüchtlingen dezentral

Als „skandalösen Rückschritt“, bezeichnete MdL Sabine Berninger Pläne des Thüringer Innenministeriums, die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften verstärkt finanziell zu fördern. „Dezentrale Unterbringung, selbstbestimmte Lebensführung und Eingliederung in den Lebensalltag vor Ort ist das, was ein wirklich menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen erfordert. Viele Kommunen haben das offensichtlich besser erkannt als das Innenministerium.“ Dieses verstecke sich hinter einer bundesgesetzlichen Bestimmung und zitiert sie nur unvollständig. Der zweite Satz des Paragraph 53 im Asylverfahrensgesetz lautet, dass bei der Entscheidung der Unterbringungsart „sowohl das öffentliche Interesse als auch die Belange des Ausländers zu berücksichtigen“ sind. „Es liegt nicht im öffentlichen Interesse, Schutzsuchende zu isolieren und auf engstem Raum ohne Privatsphäre unterzubringen“, betonte Sabine Berninger. Das Innenministerium soll die Fördergelder für die Unterbringung in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften ausgeben, zumal es ganz sicher in Thüringen genügend leerstehende Wohnungen gebe, um den genannten Bedarf von 600 fehlenden Plätzen zu decken.

Die LINKE-Migrationspolitikerin forderte die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände auf, ihre Aktivitäten für einen umfassenden Wechsel zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen zu verstärken und solange nicht nachzulassen, bis auch das Ministerium verstanden hat, was eine zeitgemäße Flüchtlingspolitik in Thüringen wirklich erfordert.